

Stark vertreten in Europa.

SONDERNEWSLETTER

Veranstaltung zum Thema Postmarktliberalisierung – Der Wettbewerb findet vor allem bei den Arbeitskosten statt

Gestern (6. Oktober) luden das ÖGB-Europabüro und AK EUROPA zu einem Diskussionsabend zum Thema „Nach der Postmarktliberalisierung – bessere Jobs oder mehr Working Poor?“ ein. Ausgangspunkt war eine von der Arbeiterkammer in Auftrag gegebene und von FORBA (Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt) durchgeführte Studie, die gestern im Rahmen der Veranstaltung präsentiert wurde. Nach dieser Erhebung sind die Auswirkungen auf die Beschäftigungsverhältnisse in den bereits geöffneten Bereichen besorgniserregend. Am besten zu beobachten ist das in Ländern, die die Vorgaben der EU frühzeitig erledigt und bereits vollständig liberalisiert haben, wie beispielsweise Deutschland oder Großbritannien.

Durchschnittlich 4 bis 6 Euro Stundenlohn bei den deutschen Mitbewerbern

Anständige, traditionelle Arbeitsverträge würden zu einem Großteil durch a-typische ersetzt, das heißt, die Arbeit werde mehr und mehr durch Teilzeitkräfte und so genannte „Mini-Jobber“ (Deutschland) erledigt, zeigte Christoph Hermann, Co-Autor der Studie, auf. Noch öfter würden die Tätigkeiten jedoch mittlerweile von „Selbständigen“ verrichtet, bei denen selbstverständlich kein Kollektivvertrag oder andere arbeitsrechtliche Standards zur Anwendung kämen, so Hermann weiter. Im EU-Schnitt würden mehr als 90 % der Arbeit bei den neuen Mitbewerbern von „Selbständigen“ geleistet, deren Vergütungen sich natürlich fern ab von jeglichen



GPF-Vorsitzender Gerhard Fritz in Brüssel:
 „Österreichisches Postmarktgesetz kann als Beispiel für andere EU-Staaten dienen“

konventionellen Mindeststandards bewegten. Die Bezahlung sei auch insgesamt gesehen deutlich gesunken: Während in Deutschland vor der Liberalisierung noch ein Durchschnittsstundenlohn von 17 Euro üblich war, zahlt die Deutsche

SONDERNEWSLETTER

- Veranstaltung zum Thema Postmarktliberalisierung – Der Wettbewerb findet vor allem bei den Arbeitskosten statt
- Gerhard Fritz: Besuch bei den EU-Abgeordneten Evelyn Regner und Hannes Swoboda
- GPF-Bundsvorsitzender Gerhard Fritz beim Pressegespräch in Brüssel: „Bisherige Turnschuhbrigaden sollten durch neues Postmarktgesetz ausbleiben“

IMPRESSUM

ÖGB Europabüro
 Ständige Vertretung Österreichs bei der EU
 Avenue de Cortenbergh 30
 B-1040 Brüssel

REDAKTION

Tel: 0032 - 2 - 230 74 63
 Fax: 0032 - 2 - 231 17 10
 E-Mail: europabuero@oegb-eu.at
 www.oegb-eu.at

Stark vertreten in Europa.

Post AG in der Zwischenzeit um die 9 Euro pro Stunde, die Mitbewerber bewegen sich bei 4 bis 6 Euro die Stunde.

„All dies führt mehr und mehr zu einem fragmentierten Arbeitsmarkt mit höchst unterschiedlichen Arbeitsbedingungen. Der Wettbewerb findet vor allem bei den Arbeitskosten statt“, so das traurige Resümee des Wissenschaftlers.

Cornelia Berger von UNI Europa: Möchten wir künftig die Post im Supermarkt abholen?

In dieselbe Kerbe schlug auch Cornelia Berger von UNI Europa, dem europäischen Gewerkschaftsverband im Dienstleistungsbereich: Sie sehe ein trauriges Bild von Europa, - eine an sich reiche Gesellschaft, die sich anscheinend keine anständig ausgeführten und gut bezahlten Postdienstleistungen mehr leisten könne. Es dürfe doch nicht angehen, dass die Post künftig in ganz Europa wie in Großbritannien von TaxifahrerInnen zugestellt oder wie in Schweden im Supermarkt abgeholt werden müsse. Durch die bisherigen Liberalisierungsmaßnahmen habe kein wirklicher Wettbewerb zwischen den Unternehmen eingesetzt, der sich – wie vollmundig angekündigt - in besserer Qualität der Dienstleistungen und niedrigeren Preisen für die KonsumentInnen niedergeschlagen hätte. Der Wettbewerb finde einzig und allein bei der Menge des eingesetzten Personals und den Arbeitsverträgen statt, wodurch die Versprechungen NATÜRLICH nicht eintreten konnten, denn: „Wo weniger Menschen zu schlechten Arbeitsbedingungen arbeiten, muss die Qualität zwangsläufig leiden, insbesondere in einem arbeitsintensiven Bereich wie dies die Postdienstleistungen darstellen.“ UNI Europa plädiert daher für einen sofortigen Stopp der Liberalisierung, „bis die sozialen Bedingungen akzeptabel seien“.

Gerhard Fritz: „Liberalisierung in der EU ist eine Realität, auf die man reagieren muss“

Gerhard Fritz, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten (GPF), zeigte jedoch in seinem Beitrag auf, wie Liberalisierung, „die nun einmal eine nicht zu ignorierende Realität in Europa darstellt“, doch auf eine sozialverträgliche Art und Weise zu gestalten sei. Er verwies in diesem Zusammenhang auf das neue österreichische Postmarktgesetz, das seiner Ansicht nach das Potential habe, als gutes Beispiel für den Rest Europas zu dienen. Es handle sich dabei um ein faires Gesetz, das in Österreich eine flächendeckende Versorgung mit Postdienstleistungen wie auch angemessene Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten sicherstelle (siehe auch den anschließenden Beitrag [„Gerhard Fritz beim Pressegespräch in Brüssel: Bisherige Turnschuhbrigaden sollten durch neues Postmarktgesetz ausbleiben“](#)).

Studie „Beschäftigungsverhältnisse bei den neuen Postdienstleistern“

Durch den Fall des Postmonopols hat sich die Zahl der auf dem Markt tätigen Postdienstleister deutlich erhöht. Diese teilen sich quasi auf zwei Submärkte auf: Brief- Werbemittel- und Zeitungszustellung sowie Express- und Paketzustellung.

Hier die wichtigsten Ergebnisse der Studie:

Unterschiedliche Kollektivverträge

Da es keinen sektorübergreifenden KV gibt, kommt es innerhalb der unselbständigen Beschäftigten zu deutlichen Unterschieden. Schlechtere KVs kommen vor allem bei Subunternehmen vor, sofern sich diese überhaupt daran halten.

Auslagerung an Subunternehmen

Ein großer Teil der Zustelltätigkeiten (durch FahrerInnen, ZustellerInnen) wird von Subunternehmen und selbständigen Beschäftigten erledigt, Tendenz steigend. Als Subunternehmer sind selbständig Beschäftigte nicht (!) an das Arbeitszeitgesetz oder andere arbeitsrechtliche Bestimmungen gebunden.

Vier bis fünf Euro Stundenlohn

Im Bereich Brief-, Werbemittel- und Zeitungszustellung sind fast ausschließlich Selbständige beschäftigt. Laut Betriebsräten erhalten diese einen Stundenlohn von vier bis fünf Euro im Stadtgebiet, lokale Anbieter unterbieten diesen Lohn jedoch häufig.

Die Studie im Detail finden Sie [auf unserer Website](#).

Stark vertreten in Europa.

Der Gewerkschafter fügte hinzu, dass Verbesserungen bei den Liberalisierungsvorgaben durch die EU selbstverständlich begrüßenswert wären und man den europäischen Verband UNI Europa unterstütze, allerdings könne er sich ein Aufschnüren der bisherigen Pakete unter den gegebenen Umständen (neue Mehrheitsverhältnisse im EU-Parlament, bereits vollständige Liberalisierung in manchen EU-Ländern, etc.) kaum vorstellen. Daher sei es ganz wesentlich, dass die Mitgliedstaaten gut vorbereitet seien.

Europäische Kommission: „Soziale Gerechtigkeit bleibt alleine den Mitgliedsstaaten überlassen!“

Armando Silva, Direktor in der Generaldirektion Beschäftigung der EU-Kommission, bekräftigte, dass die von der Kommission sowie der gesamten Europäischen Union inklusive Rat und Parlament gewollte Marktöffnung im Postsektor nicht den einzigen Auslöser für soziale und ökonomische Veränderungen darstelle. Der Markt reagiere zusätzlich noch vor allem auf die allgemeine wirtschaftliche Krise als auch auf Strukturveränderungen innerhalb des Marktes, wie beispielsweise technologische Fortschritte, wodurch gegenwärtig eine „elektronische Substitution“ der Briefsendungen zu erkennen sei. Um qualitativ hochwertige Jobs weiterhin zu erhalten und die Qualität neuer Jobs neuer Anbieter zu sichern, seien die Mitgliedstaaten auf nationaler Ebene gefordert, Regulierungsmaßnahmen, wie beispielsweise Mindestlöhne, Kollektivverträge und die Etablierung von Regulierungsbehörden, auch während der Liberalisierung voranzutreiben. Die Europäische Kommission könne keinen direkten Einfluss auf soziale Verbesserungen ausüben. Der Soziale Dialog auf europäischer Ebene würde jedoch tatkräftig von der Kommission unterstützt werden.

Ver.di: „Verlockung, sich den Profit über die Lohnkosten zu holen, ist groß“

Sigrun Schmid von der deutschen Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di schilderte, dass die „schnelle Liberalisierungspolitik in Deutschland“ alles andere als zu den erwarteten Zielen, nämlich bessere Serviceleistungen bei niedrigeren Preisen, geführt habe. Ihre Gewerkschaft habe immer davor gewarnt, und „wir hätten uns gerne getäuscht“. Der entstandene Wettbewerb gehe einzig und allein zu Lasten der Löhne, was sie in gewisser Weise nachvollziehen könne, denn „in personalintensiven Branchen wie der Post ist die Verlockung groß, sich den Profit über die Löhne zu holen“.

Gerhard Fritz: Besuch bei den EU-Abgeordneten Evelyn Regner und Hannes Swoboda

Gerhard Fritz, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten (GPF), nutzte seinen Brüssel-Besuch auch für intensives Lobbying für die Belange der Post-ArbeitnehmerInnen, so zum Beispiel bei den EU-Abgeordneten Evelyn Regner und Hannes Swoboda. Zentrale Themen beim Treffen im EU-Parlament waren die Postrichtlinie III sowie der Kampf gegen Schwarzarbeit, Lohndumping und Scheinselbständigkeit. Das neue österreichische Postmarktgesetz könne dabei durchaus als „Best Practise“-Beispiel für die anderen EU-Staaten fungieren, gab sich Fritz überzeugt. "Die Österreichische Gesetzgebung hat mit der verpflichtenden Bestimmung, österreichische Kollektivverträge anwenden zu müssen, eine Vorreiterrolle in Europa übernommen", so der Bundesvorsitzende der Postgewerkschaft. Nur wer derartige Bestimmungen in nationales Recht aufnehmen würde, könne in Zukunft Lohn- und Sozialdumping innerhalb der Postbranche verhindern.



GPF-Bundesvorsitzender Fritz mit der EU-Abgeordneten Evelyn Regner

Stark vertreten in Europa.

Hannes Swoboda lobte die Tatsache, dass sich Österreich mit dem zur Beschlussfassung vorliegenden Postmarktgesetz zeitgerecht auf die bevorstehende Liberalisierung vorbereitet habe. Es wäre wichtig, die Entsenderichtlinie zu überarbeiten und ein Rahmenrecht für öffentliche Dienstleistungen zu schaffen, mahnte Evelyn Regner. Im Mittelpunkt aller künftigen Überlegungen müssten jedoch immer soziale Aspekte mitberücksichtigt werden.

GPF-Bundesvorsitzender Gerhard Fritz beim Pressegespräch in Brüssel: „Bisherige Turnschuhbrigaden sollten durch neues Postmarktgesetz ausbleiben“

Gerhard Fritz, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten (GPF), stellte gestern (6. Oktober) in Brüssel vor JournalistInnen das neue österreichische Postmarktgesetz vor. Dieses soll Österreich für die bevorstehende vollständige Liberalisierung des Postmarktes ab 2011 rüsten. Mit diesem Schritt fällt in Österreich die letzte Post-Bastion des so genannten „reservierten Bereichs“ - dies sind Sendungen unter 50 g -, mit dem derzeit die Grundversorgung finanziert wird.

Flächendeckende Versorgung und Erhalt der Arbeitsplätze gesichert

Das neue Gesetz gewährleiste eine flächendeckende Versorgung mit Postdienstleistungen sowie den Erhalt der Arbeitsplätze von PostlerInnen und Postlern, so Fritz. Obwohl es also „in den Grundzügen“ positiv zu beurteilen sei, „bestehe aber noch kein Grund zum Feiern“: Erfahrungsgemäß könne in der parlamentarischen Begutachtung, in der sich das Regelwerk momentan befindet, noch einiges passieren. Bereits im Vorfeld seien einige wichtige Punkte am Widerstand von ÖVP und Wirtschaftskammer gescheitert.

Gesetz enthält gewerkschaftliche Kernforderungen

Dennoch trage das Gesetz den von der Gewerkschaft aufgestellten Schlüsselforderungen im Großen und Ganzen Rechnung: So müsse beispielsweise jeder Mitbewerber, der ab 1. Jänner 2011 in Österreich Briefe bis 50 g zustellen will, einen österreichischen Kollektivvertrag zur Anwendung bringen, ansonsten erhalte er keine Konzession. Weiters seien 1.650 Postfilialen im Gesetz festgeschrieben. In der Praxis hieße das: Finden sich keine geeigneten Post-Partner als „Ersatz“, können die Filialen nicht geschlossen werden, sondern dürfen maximal ihre Öffnungszeiten halbieren. Trotz der klaren Anforderungen an mitbewerbende Unternehmen und dem Ausblick, das bisherige „Turnschuhbrigaden“ damit vielleicht ausblieben, wollte man es den neuen Mitbewerbern „nicht leicht machen“, so Fritz. Schlechte Arbeitsbedingungen aufgrund von Scheinselbständigkeit und Werkvertragsnehmertum, so der Gewerkschafter in Andeutung auf die im TOP_THEMA vorgestellte Studie, würden jedoch durch das neue Postmarktgesetz nicht verhindert, - dies sei anders zu bekämpfen.

Gerhard Fritz nahm am Abend an unserer Diskussionsveranstaltung zum Thema „Nach der Postmarktliberalisierung – bessere Jobs oder mehr Working Poor?“ teil (siehe TOP_THEMA).

Hier geht's zur [APA-Meldung](#).